

Keine deutsch-französischen Verhandlungen

in der Abrüstungsfrage und in der Umbildung der Reichswehr

II. Paris, 18. Aug. Verschiedene ausländische Blätter hatten in den letzten Tagen die Nachricht von bevorstehenden direkten deutsch-französischen Verhandlungen über die Abrüstungsfrage verbreitet. Die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Havas veröffentlicht hierzu ein Dementi, das trotz seines ausgesprochenen französischen Charakters aus Berlin datiert ist. In diesem Dementi heißt es, daß alle Gerüchte von bevorstehenden deutsch-französischen Abrüstungsverhandlungen zum mindesten verfrüht seien, da die Reichsregierung sich infolge der innerpolitischen Schwierigkeiten in der letzten Zeit überhaupt nicht mit Abrüstungsfragen beschäftigt habe. Wenn auch kein Zweifel darüber besteht, daß die Reichsregierung über kurz oder lang eine grundlegende Aenderung des Artikel 5 des Versailler Vertrages fordern werde, so könnten derartige Verhandlungen nur dann Wert haben, wenn die politische Lage in Deutschland sich einigermaßen geklärt habe, d. h. frühestens nach dem Zusammentritt des Reichstages.

Eine französische Stimme zu den angeblichen deutsch-französischen Verhandlungen über die Umorganisation der Reichswehr

II. Paris, 18. Aug. In „Journal“ beschäftigt sich St. Brice mit der angeblichen Absicht der Reichsregierung, demnächst direkte Verhandlungen mit Frankreich über die Gleichberechtigung anzuknüpfen. Dank den Bestimmungen des Versailler Vertrages habe sich Deutschland ein glänzendes Rahmenheer schaffen können, das es jetzt ausbauen wolle. Die führenden Persönlichkeiten seien schlau genug, nicht sofort eine Gleichheit der Heeresstärken, sondern die Gleichheit der Rechte zu fordern. Amerika begünstige diese Forderung und der ganze Plan des Präsidenten Hoover beruhe augenscheinlich auf dem Gedanken, das Gleichgewicht zwischen Deutschland und den anderen europäischen Mächten wieder herzustellen. Die französische Haltung müsse gegenüber dieser Offensive vollkommen klar und eindeutig sein. Zwischen der Frage der Kriegsschulden und der Abrüstung dürfe nicht der geringste Zusammenhang bestehen. Die französische Abrüstungstheorie sei bekannt und ohne neue formelle Garantien sei jede Aenderung dieser Haltung unzulässig. Wenn Deutschland tatsächlich Verhandlungen suche, dann biete das erwünschte Gelegenheit zur Aufrollung der Vertragsverletzung durch das Reich. Derriot besitze genügend Material in seinen Akten. Wenn die Deutschen an ihn herantreten sollten, würden sie sich davon überzeugen müssen, daß die französische Wachsamkeit, von der Derriot in Mex gesprochen habe, kein leeres Wort sei.

Kleine politische Nachrichten

Fühlungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten
II. Berlin, 19. Aug. Zu den Vermutungen über die Fühlungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten verlaute nach der „M.“ in politischen Kreisen, daß vor einigen Tagen eine Aussprache zwischen dem preussischen Zentrumsgesandten Dr. Graf und dem SA-Führer Graf Helldorf stattgefunden habe.

Italien und die Nationalsozialisten

II. Rom, 17. August. Die italienische Presse hatte die Uebernahme der Macht durch Hitler bzw. durch die nationalsozialistische Partei mit Sicherheit vorausgesagt. Die Sympathien der faschistischen Blätter sind folglich auch nach dem Scheitern der Verhandlungen mehr oder weniger deutsch auf Seiten Hitlers. Der „Evere“, dessen unverblümte Sprache bekannt ist, bringt die italienische Auffassung deutlich zum Ausdruck, indem er u. a. schreibt, daß Hitler der rechtmäßige Abschluß seines riesigen, fast wunderbaren Werkes der politischen Neuordnung Deutschlands um der banalen Auslegung des Geistes von Weimar willen verweigert worden ist. Hitler ist mit seiner wahrhaft disziplinierten Partei die einzige aktive und aufbauende Kraft der deutschen politischen Welt. Als solcher hat er das Recht, die Uebertragung nur der halben Macht abzulehnen. Ungefähr das Gleiche erlebte der Faschismus vor dem Oktober 1922. Damals mußten viele Angebote abgelehnt werden, da sie zu sehr nach Hinterhalt und Betrug schmeckten. Ohne irgendwie über die zukünftige Haltung Hitlers Vergleiche oder Voraussetzungen machen zu wollen, wollen wir sagen, daß die Uebernahme der Gesamtmacht durch die Nationalsozialisten nicht nur ein Recht, sondern vor allem eine Pflicht ist. Die Partei Hitlers hat die Pflicht, endlich ihre Verantwortlichkeit gegenüber dem deutschen Volke zu übernehmen, das ihm nicht nur einen, sondern viele Vertrauensbeweise gegeben hat. Das politische Thema Europas ist anders geworden. Man kann nicht mehr mit Methoden arbeiten, die für Stresemann oder seine späteren Nachfolger bezeichnend sind. Alle müssen sich entschließen, die Deutschen und die andern. Der Stellungskrieg hat eine Grenze, über die hinaus der Bewegungskrieg wirksamer ist.

Die irischen Bauern fordern Beendigung des Zollkrieges mit England

II. Dublin, 18. Aug. In Meath fand eine große Protestversammlung irischer Bauern und Grundbesitzer gegen den englisch-irischen Zollkrieg statt. Die Versammlung ernannte eine Abordnung, die das irische Kabinett dringend auffordern soll, den Zollkrieg zu beenden. Die landwirtschaftlichen Interessen Irlands seien in größter Gefahr. Gehe der Zollkrieg weiter, könnten die irischen Bauern ihr Vieh und ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht mehr verkaufen und wären der Vernichtung preisgegeben.

Die Schlußsitzung der Ottawaer Verhandlungen auf Samstag verschoben

II. Ottawa, 18. August. Auf einer Sitzung aller Abordnungen wurde beschlossen, die Schlußsitzung vom Donnerstag auf den Samstag zu verlagern. Man hofft, daß es hierdurch möglich sein wird, die zur Erörterung stehenden Fragen einer Lösung entgegenzuführen. Der Dampfer „Empress of Britain“ hat seine Abfahrt auf Sonntag ver-

So geht es nicht!

Keine Tribute mehr, auch nicht in versteckter Form

Von Norbert Jenker

Führende amerikanische Politiker, voran Borah, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, und der Präsident der Vereinigten Staaten selbst äußerten sich in den letzten Tagen wiederholt in besonders auffälliger Tonart über die Schuldenfrage. Offenbar besteht also beim Parlament, soweit es die Außenpolitik der USA. überhaupt mit beeinflussen kann, und bei der Regierung das Bedürfnis, während der Präsidentenwahl dem amerikanischen Volke die Wahrheit, daß es mit Tribut und vermutlich auch den Schulden der einstigen Verbündeten für immer vorbei ist, nach Kräften zu verschleiern, gleichzeitig aber nach Europa hin die Wege zu einer erfolgreichen Wirtschaftskonferenz nicht von vornherein durch unüberwindliche Schwierigkeiten zu verlegen. Wenn die Vereinigten Staaten tatsächlich den bisherigen Standpunkt Hoovers trotz Lausanne nach außen aufrecht erhalten sollten, wäre ja auch die Konferenz von vornherein ohne Arbeit, und dann würde die allgemeine Verunsicherung in die Krise eben nur noch schwerere Formen annehmen, noch drastischer in ein allgemeines „Rette sich, wer kann“ ausarten, zu einem Waterloo, bei dem Hoover vermutlich die romantische, aber keineswegs dankbare Aufgabe eines Napoleon zufallen könnte und Amerika keinen Wiener Kongreß finden würde, der einmal Frankreich trotz Napoleon rettete.

Fühlte Hoover die Schwingen des von ihm herbeigelockten gigantischen Unheilvogels? Seine Antrittsrede beim Beginn des Wahlkampfes bejaht diese Frage. Kein vernünftiger Mensch wird in Wahlreden und Wahlversprechungen nach festen Bestandteilen für eine Politik der Zukunft suchen. Von amerikanischen Präsidentenwahlen wissen die Weltgeschichte und die besondere Historie des deutschen Schicksals von 1918, daß dabei nur die kleinen Grenzstriche gegeben werden. In diesem Punkte ist selbstverständlich auch Hoover um keinen Grad weniger dunkel als der Weltbetrüger Wilson, sein verehrter Freund und politischer Lehrmeister. Gerade deswegen ist es besonders beachtlich, daß er in seiner jüngsten Rede nicht nur zu den Amerikanern, sondern deutlich auch zu den Europäern gesprochen hat. Ueber die Schuldenfrage! Das bedeutet an und für sich schon die endgültige Preisgabe der bisherigen klaren Verneinung der Schuldenfrage, einer Haltung Hoovers persönlich, die seit langem von der ihm nachgeordneten Verwaltung nicht mehr geteilt und auch nicht mehr gebilligt wird. Hoover begab sich also auf die Wege des in der Schuldenfrage ebenso unbeherrschbaren Senators Borah mit etwas kleineren Schritten als dieser, entfernte sich dabei aber schon so weit von der alten Straße, daß er nun vorwärts schreiten muß und nicht mehr zurückblicken darf, wenn er noch zu rechten Zeit am ersehnten Ziel eintreffen will.

Während Borah die Schulden schon schmerzhaft preisgab, klammert sich Hoover noch an ihren Schirm, spricht nicht von Erleichterung, aber von Erleichterung und glaubt noch daran, für sie „Kompensationen“ eintauschen zu können. Die will er in der Ausweitung der amerikanischen Märkte erblicken. Das heißt vor allem, daß die europäischen Länder

sich für eine vertragsmäßige Mehrabnahme von Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Industrie Amerikas gewinnen lassen, um von Hoover gnädigst eine entsprechende Ermäßigung jener Schulden zu erreichen, die sie noch niemals aus eigenen Mitteln beglichen haben, sondern bisher durch Deutschland mittels Weiterleitung der Tribute zahlten. Hoover will also eine Wiederankurbelung der amerikanischen Wirtschaft durch die zwangsweise Steigerung der Ausfuhr erreichen. Damit schreibt er auf sich selbst als politischer und wirtschaftlicher Weltweiser, der er zu sein vorgab, eine bissige Satire. Wir haben die Hoover-These noch nicht vergessen, daß die Ausfuhr der Vereinigten Staaten für die amerikanische Wirtschaft nur eine untergeordnete Rolle spiele und schlimmstenfalls entbehrlich sei, da sie „nur zehn v. H.“ der Gesamtwirtschaft ausmache. Wir fühlen noch in diesem Augenblick die praktischen Folgerungen der amerikanischen Zoll- und Handelspolitik aus diesem unüberlegten, naiven Wort des Präsidenten Hoover und müssen ihn belehren, daß nicht „die Politik der europäischen Staaten für die Wirtschaftskrise zum großen Teil verantwortlich zu machen ist“, sondern daß der amerikanische Präsident Hoover persönlich sie durch allgemeine- und wirtschaftspolitische Ueberheblichkeit bis an die Grenzen des Größenwahns heraufbeschworen und durch Unbeherrschbarkeit und Eigensinn bis zum heutigen Tage verschlimmert.

Deutschland gehen die amerikanischen Schulden der anderen zwar sehr wenig an, nachdem es sich entschlossen hat, die Tributabgaben auf keinen Fall fortzusetzen. Als politische Schuldner Amerikas haben wir nur noch mit den „mild claims“ und den Besatzungskosten, zusammen 65 bis 75 Millionen Mark jährlich, zu tun, die wir als tributartige Belastungen noch abschütteln müssen. Vermutlich werden auch diese Summen von Hoover in die Wagschale geworfen, wenn er seine Kompensationen durchzusetzen gedenkt; denn Deutschland kann bei der „Erweiterung der amerikanischen Märkte“ schwerlich ausgelassen werden, wenn die beabsichtigte vermehrte Ausfuhr Amerikas in nennenswertem Umfange gelingen soll. Und deshalb ist die neueste Rede Hoovers für Deutschland von ganz besonderem Interesse. Wie schlau, Herr Hoover! Deutschland zahlt keine Tribute mehr, und die anderen betrachten es als ihr gutes Recht, nun auch ihre Amerikaschulden zu freieren. Aber Hoover weist einen neuen Weg zu den deutschen Taschen: Warenlieferungen an Deutschland und Schadloshaltung Amerikas aus dem daraus erzielten Erlöse.

So geht es jedoch nicht, Herr Hoover! Deutschland duldet keine Tribute mehr, auch nicht in dieser neuen, anscheinend harmlosen Form; denn auch sie würde weiter nichts bedeuten als Fortsetzung der Tributverlebung des deutschen Volkes, Vermehrung der Arbeitslosigkeit, Versperrung des Weges zu einem freien Deutschland. Wir brauchen heute die ganze Kraft des deutschen Volkes für Deutschland allein. Daran wird auch die Wirtschaftskonferenz kein Fettschen ändern.

schoben. Die meisten englischen Minister und sonstigen Mitglieder der englischen Abordnung werden auf ihm die Heimreise antreten. Die Entscheidung, die Konferenz um zwei Arbeitstage zu verlängern, ist durch die Schwierigkeiten notwendig geworden, die sich bei der Erörterung der Einfuhr kanadischen Holzes und kanadischen Rindfleisches nach England ergeben haben.

Der mandchurische Vertrag Ein japanischer Entwurf zum Hauptvertrag

Tokio, 18. Aug. Wie vom Außenministerium mitgeteilt wird, sieht der Entwurf zum Hauptvertrag mit der mandchurischen Regierung folgende Punkte vor:

1. Die mandchurische Regierung bestätigt alle japanischen Rechte und Interessen, die von früheren Regierungen in der Mandchurei gewährt wurden.
2. Die mandchurische Regierung übernimmt alle internationalen Rechte und Pflichten, die die chinesische Regierung bezüglich der Mandchurei übernommen hatte.
3. Die chinesischen Eisenbahnen in der Mandchurei gehen in die Verwaltung der südmandchurischen Eisenbahn über.
4. Japan werden Vorrechte bezüglich der Investierung von Kapital eingeräumt.
5. Japan wird die Freiheit der gewerbmäßigen Betätigung in der ganzen Mandchurei gewährt.
6. Die Verwaltung der Polizei und des staatlichen Schutzes werden Japan anvertraut.
7. Die mandchurische Regierung verpflichtet sich, die Stellungen der japanischen Mitarbeiter in den mandchurischen Regierungsorganen zu garantieren.

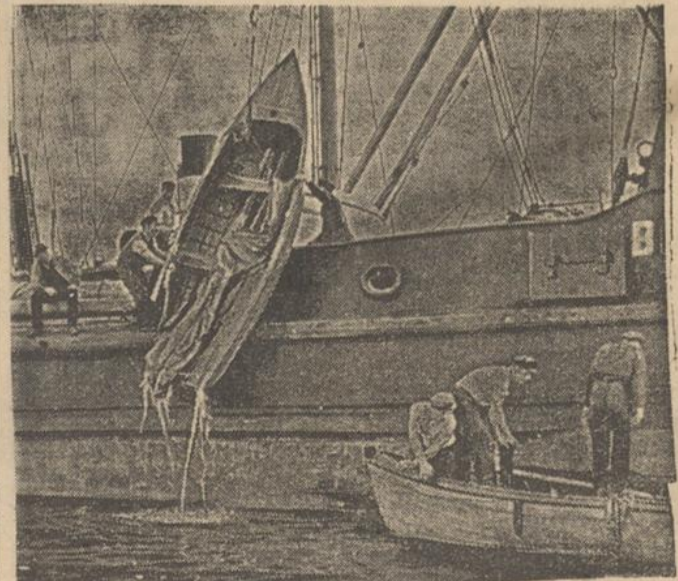
„Alte“ Reichstagsabgeordnete

109 „alte“ Reichstagsabgeordnete beziehen immer noch Diäten — 70 000 RM. ohne Gegenleistung.

Nachdem der Reichswahlleiter jetzt das endgültige amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31. Juli verkündet hat, ist der neue Reichstag nunmehr gebildet, wenn er auch noch nicht zusammengetreten ist. Die neuen Reichstagsabgeordneten stehen gewissermaßen „Gewehr bei Fuß“, um alsbald in Aktion zu treten. Da wird man in weitesten Bevölkerungskreisen überrascht sein, wenn man hört, daß annähernd ein Fünftel der Abgeordneten des alten Reichstags auch jetzt noch im Besitz ihrer vollen Abgeordnetenrechte sind. Es handelt sich um den Reichstagspräsidenten, die drei Vizepräsidenten, die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung sowie deren Stellvertreter, insgesamt 109 Abgeordnete. Die Mitglieder des Reichstagspräsidentiums

und der beiden Ausschüsse behalten ihre Abgeordneteneigenschaft bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags, weil das Präsidium die Geschäfte des Reichstags weiter zu führen hat und weil sowohl der Auswärtige Ausschuß als auch der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung sogenannte „ständige Ausschüsse“ sind, die auch zwischen zwei Wahlperioden zusammentreten können. Diese 109 „alten“ Reichstagsabgeordneten erhalten daher auch ihre Diäten bis zum Tage des Zusammentritts des neuen Reichstags, d. h. also im vorliegenden Falle einen Monat länger, als die übrigen Abgeordneten des alten Reichstags. Der dem Reich hieraus erwachsenen Ausgabe von 65—70 000 RM. stehen, wenn man von der Führung der Reichstagsgeschäfte durch den Präsidenten oder seinen Stellvertreter absieht, so gut wie keine positiven Leistungen gegenüber. Der Auswärtige Ausschuß hat nicht getagt. Der Ueberwachungsausschuß hat zwar einige Sitzungen abgehalten, jedoch ohne praktisches Ergebnis. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Freifahrkarte der genannten 109 Abgeordneten erst mit dem achten Tage nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags abläuft.

Die Bergungsarbeiten an der „Niobe“



Ein Rettungsboot des gesunkenen Schulküchens wird auf den Bergungsdampfer „Hiew“ geladen. Die endgültige Bergung des Wracks, das bekanntlich zur Zeit im Kieler Hafen liegt, ist für die nächsten Stunden zu erwarten.

